

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

13.5.1925 (No. 110)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straßen 14
Verleger:
Nr. 952
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. H. M. v. d. L.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,60 Goldmark ausschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Preise sind Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Rasterabatt gilt und vorvertraglich werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweise Beilegung und Konturverfälschung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in unserer Lieferant, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerwünschte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Für Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Hindenburg Reichspräsident der Deutschen Republik

„Vergessen und begraben wollen wir alles, was uns trennt!“ In welcher Zeitung mag wohl dieser schöne und vernünftige Satz zu finden sein? Stünde er in einem Regierungsblatt oder in einem Organ der Parteien, die bisher allein die Verantwortung für den Wiederaufbau Deutschlands trugen, so würde das nicht weiter auffallen. Aber er steht ganz wo anders: er steht in der deutschnationalen „Kreuzzeitung“, und zwar in dem Artikel, mit welchem sie Hindenburg bei seinem Einzug in Berlin begrüßte.

Es ist im Himmel befanntlich mehr Freude über einen reinigen Sünder, denn über neunundneunzig Gerechte. Und so wollen auch wir uns darüber freuen, daß das angesehenste Organ ausgerechnet der Partei, die bisher am schroffsten alle Andersdenkenden bekämpfte, jetzt wo ein Hindenburg Reichspräsident geworden ist, um die Einmütigkeit des deutschen Volkes so besorgt ist, daß sie „alles vergessen und begraben will, was uns trennte“.

Auch sonst befleißigt sich ja die maßgebende, deutschnationale Presse neuerdings einer etwas anderen, gemäßigteren Tonart. Je kleiner und bedeutungsloser allerdings die deutschnationalen Blätter sind, um so weniger sind sie geneigt, der bisherigen Methode des Herunterreißenes Valet zu sagen. Man braucht nur die deutschnationale „Badische Zeitung“ in Karlsruhe zu lesen, um zu erkennen, daß den Hintermännern dieses Blattes einstweilen noch nicht zu helfen ist. Hier wird die Beschimpfung der Träger der Staatsautorität geradezu als Sport betrieben. Allerdings gibt es bei alledem einen Trost, nämlich den, daß diese laute Polemik der „Badischen Zeitung“ offenbar nur mißlionende Schwanengelänge sind, Gesänge, also, die dem Eingehen des betreffenden Blattes voranzugehen pflegen.

Sicherlich entspricht die Tonart dieser kleinen reaktionären Heißblätter den Gefühlen der Mehrheit der deutschnationalen Wähler besser, als die von staatspolitischen Erwägungen diktierte Tonart der großen Organe der Partei. Ist es der deutschnationalen Parteileitung wirklich ernst mit dieser neuen Tonart, so wird sie ein gutes Stück Arbeit daran setzen müssen, um auch die Massen ihrer Wähler zu einer staatspolitischen Auffassung ihrer Bürgerpflichten zu erziehen. Denn leider sind diese Wähler bisher in einer Form bearbeitet worden, die sie für ruhige Überlegung wenig empfänglich machte.

Wir sagen ausdrücklich, wenn es der Parteileitung wirklich ernst ist. Denn dieser Ernst wird von einem Teil der republikanischen Presse bezweifelt. Nun, wir meinen, daß die Macht der Tatsachen zum mindesten mit der Zeit die Deutschnationalen davon überzeugen wird, daß ihnen im Interesse ihrer Partei garnichts anderes übrig bleibt, als eine Politik des Einlenkens. Die Zweifelnden zu bekehren, haben sie schon jetzt die beste Gelegenheit. Nämlich im preussischen Landtag. Wir wissen nicht, ob der Optimismus, mit welchem einzelne deutschvolksparteiliche Blätter die kommende Entwicklung im preussischen Parlament betrachten, berechtigt ist. Wir wissen nicht, ob die Annahme, daß nunmehr nach der Wahl Hindenburgs und ihren „läuternden“ Begleiterscheinungen die Deutschnationalen bereit sein werden, auch mit Sozialdemokraten zusammen in einer Regierung zusammenzuarbeiten, zutreffend ist. Vielleicht entwickeln sich die Dinge nach dieser Richtung hin. Einstweilen bleibt es bei der Tatsache, daß die Deutschnationalen ein Kabinett der Volksgemeinschaft, also ein Kabinett, das von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen reicht, abgelehnt haben.

Die Beschwörungen deutschvolksparteilicher Organe, von dieser Haltung abzugeben und sich mit den Sozialdemokraten auszujoynen, scheinen jedoch im Augenblick recht ernst gemeint zu sein. Wie denn überhaupt in den Kund-

gebungen vieler führender Rechtspolitiker neuerdings eine Wertschätzung des arbeitenden Volkes bekundet wird, wie man sie bisher aus dem Munde gerade dieser Männer nicht vernommen hat. Bekanntlich hat auch Reichspräsident von Hindenburg in seiner getrigen Proklamation betont, sein erster Gruß gelte dem arbeitenden deutschen Volke. Und auch der übrige Teil dieser Proklamation ist so gehalten, daß er geradezu als ein Werden um die Gunst der arbeitenden Schichten des Volkes aufgefaßt werden kann.

Ob und inwieweit sich die Hoffnungen, mit denen Reichspräsident von Hindenburg gestern sein Amt antrat, verwirklichen werden, das ist schwer zu sagen. Das wird in allererster Linie von der Haltung der Parteien abhängen, die ihn wählten, und die bisher eine Veröhnung im Innern bewußt verhinderten. Daß wir die guten Wünsche und Hoffnungen des Reichspräsidenten aus vollstem Herzen teilen, ist selbstverständlich. Und die Art und Weise, in welcher sich gestern die Vereidigung Hindenburgs vollzog, ist zweifellos danach angetan, auch die republikanisch gesinnten Schichten unseres Volkes, also seine Mehrheit, mit Genugtuung zu erfüllen.

So, wie gestern Hindenburg gesprochen hat, hätte auch Braun oder Marx sprechen können. Zweideutigkeiten gab es da nicht. Im Gegenteil! Der neue Reichspräsident, der Kandidat der Rechtsparteien, ist nicht nur nicht über dem Worte Republik gefolpert, sondern er hat die Volkshoheit mit Worten unterstrichen, die reaktionären und monarchistischen Trümmern keinen Raum lassen.

Herr von Hindenburg ist seit gestern der Reichspräsident der Deutschen Republik. Er hat den feierlichen Eid auf die Weimarer Verfassung geleistet und dies getan im Zeichen der schwarzrotgoldenen Reichsfarben. Bei einer Persönlichkeit, wie Hindenburg, hat es Zweifel in seine Ehrenhaftigkeit nicht zu geben. Ein Mann, ein Wort! Und die Rechtsparteien werden sich daran gewöhnen müssen, daß ihr schwarzweißroter Kandidat seit gestern ein schwarzrotgoldener Reichspräsident ist und den festen Entschluß bekundet hat, als solcher seines Amtes zu walten. Laßt man die Ducht dieser Tatsachen auf sich einwirken, denn begreift man, daß alle die, die gestern schwarzweißrot geflaggt hatten, nicht die richtige Fahne herausgesteckt hätten, wenigstens nicht die Fahne ihres Reichspräsidenten. Denn diese Fahne ist schwarzrotgold.

Wollten sie zu seinen Ehren flagen, so hätten sie schwarzrotgold flagen müssen.

Wir sagen das heile nicht, um den unseligen Streit um die Reichsfarben von neuem aufzurollen, sondern ganz im Gegenteil durchaus im Sinne innerer Veröhnung. Wenn ein Hindenburg sich nicht geniert, unter der schwarzrotgoldenen Reichspräsidentenstandarte zu leben, wenn ein Hindenburg sich nicht schämt, die Weimarer Verfassung zu bekräftigen und der Republik Treue zu geloben, dann brauchen die Wähler der eigentlichen Rechten — die Deutsche Volkspartei ist ja schon längst halb bekehrt — gewiß nicht päpstlicher zu sein, als der Papst: auch sie können sich dann mit den Farben Schwarzrotgold und mit der Republik abfinden.

Auf der anderen Seite brauchen sich die Republikaner nicht mehr darüber aufzuregen, wenn dieser oder jener Mitbürger schwarzweißrot flaggt. Schwarzweißrot sind ja einst die Farben des neuen deutschen Reiches gewesen, und als solche haben sie über so mancher deutschen Kummstat geflattert. Also Achtung vor ihnen! Zudem sind sie auch heute noch die deutsche Handelsflagge, allerdings mit der schwarzrotgoldenen Gölch in der Ecke. Übrigens ist die Flaggenfrage für sehr viele Mitbürger vor allem eine finanzielle Frage: sie scheuen die Ausgaben für neues Fahmentuch und meinen, das alte sei ja auch noch ganz schön.

Wenn es Hindenburg gelingen sollte, sein Amt wirklich im Sinne innerer Veröhnung und sozialer Verbrüderung

auszuüben, wenn es ihm gelingen sollte, auch die Deutschnationalen zum neuen Staat zu bekehren, so müßte das sicherlich von jedem Volksgenossen, der sein Vaterland liebt, mit Freude begrüßt werden. Die Weltgeschichte liefert ja mehrere Beispiele dafür, daß nur ein Angehöriger der Rasse selbst diese mit einer Umwälzung oder Reorientierung veröhnen konnte. Nie wäre es einem Bürokratischen möglich gewesen, die alten preussischen Konventionen an den Gedanken zu gewöhnen, daß Preußen nun eben doch im neuen, deutschen Reiche aufzugehen habe. Das konnte nur ein Herr von Bismarck, ein Mann ihrer Rasse. Um nur dieses eine Beispiel aus der Geschichte zu nennen. Und so ist es schon möglich, daß sich die Reichspräsidentenschaft Hindenburgs nach einer Richtung auswirkt, die allen denen erwünscht ist, die im Interesse des Vaterlandes meinen, man solle nun endlich mit dem Streit um die Verfassung aufhören und so den Weg freimachen für die Mitarbeit aller am neuen Staate! Träfen dagegen die Prophezeiungen der Bestimmten ein, würde Hindenburg nur ein Werkzeug in der Hand reaktionärer Staatsstreicher sein, so wäre das das schlimmste Verhängnis, das unser Volk treffen könnte.

Eine Kundgebung des Reichspräsidenten

Reichspräsident von Hindenburg hat aus Anlaß seiner Amtübernahme folgende Kundgebung an das deutsche Volk erlassen:

„Am 28. April 1925 hat mich das deutsche Volk zu seinem Reichspräsidenten erwählt. Am heutigen Tage habe ich das neue bedeutungsvolle Amt angetreten.

Getreu dem von mir geleisteten Eid will ich alle meine Kräfte daran setzen, dem Wohle des deutschen Volkes zu dienen, die Verfassung und die Gesetze wahren, Gerechtigkeit gegen Jedermann zu üben.

In dieser feierlich-ernsten Stunde rufe ich unser ganzes Volk zur Mitarbeit auf. Mein Amt und mein Streben gehören nicht einem einzelnen Stand, nicht einem Stamm oder einer Konfession, nicht einer Partei, sondern dem gesamten, durch hartes Schicksal getroffenen deutschen Volke in allen seinen Gliedern. Ich vertraue auf den Beistand des ewigen Gottes, der uns auch durch die schwere Notzeit unserer Tage gnädig hindurchführen wird. Ich vertraue auf die in seiner größten und ruhmreichsten Vergangenheit bewährten unsterblichen Lebenskräfte der deutschen Nation. Ich vertraue auf den gerade in schwerster Zeit immer gezeigten opferbereiten Liebesinn unseres Volkes. Ich vertraue endlich auf den großen Gedanken der Gerechtigkeit, dessen mit aller Kraft zu erstrebender Sieg auch dem deutschen Volke wieder seinen würdigen Platz in der Welt verschaffen wird. Mein erster Gruß gilt allen denen, die unter der Not der Zeit besonders leiden, er gilt den Vielen, die im harten wirtschaftlichen Ringen unseres Daseins stehen, er gilt dem ganzen arbeitenden deutschen Volke, von dem die schwere Lage von Staat und Wirtschaft besondere Leistungen erfordert, er gilt den Volksgenossen außerhalb der deutschen Reichsgrenzen, die mit uns durch Bande des Blutes und der großen deutschen Kulturgemeinschaft untrennlich verbunden sind, er gilt besonders den Alten und Kranken, die voller Sorge einen trüben Lebensabend entgegenblicken u. er gilt endlich unserer Hoffnung, unserer deutschen Jugend. Wir wollen auch weiterhin gemeinsam streben, durch ehrliche friedliche Leistungen unseren berechtigten Ansprüchen Achtung und Anerkennung bei den anderen Völkern Geltung zu verschaffen und den deutschen Namen von ungerechtem Mangel zu befreien, der heute noch auf ihm lastet. Durch Selbstachtung zur Achtung der Welt, durch Selbstvertrauen zum Vertrauen der anderen. Wir wollen alle danach trachten, in der Entwicklung des deutschen Wirtschafts- und deutschen Gemeinschaftslebens jedem einzelnen Stand und Volksgenossen sein tägliches Brot, seinen Anteil am deutschen Kulturgut und seine wirtschaftliche Stellung in der Volksgemeinschaft zu sichern.

Das Reichsoberhaupt verkörpert den Einheitswillen der Nation, darum reiche ich in dieser Stunde jedem Deutschen im Geiste die Hand. Gemeinsam wollen wir um unsere teureren Werten, um unserer Kinder und Kindeskinde willen ungebeugten Mutes den schweren Weg gehen, der uns durch wahren Frieden zur Freiheit geleiten soll.“

Aufruf Hindenburgs an die Wehrmacht

„An die Wehrmacht! Das Vertrauen des deutschen Volkes hat mich an die Spitze des Reiches berufen. Ich übernehme mit dem heutigen Tage nach der Verfassung den Oberbefehl über die Wehrmacht. Mit Stolz und Freude begrüße ich Meer und Marine. Ich habe den Werdegang der Wehrmacht in der Stille von Hannover beobachtet. Sie ist geradeaus und unberrt dem deutschen Volke den Weg vorangegangen, auf dem allein der Wiederaufstieg liegt, durch harte Zucht und Treue, auch im Kleinsten, aufwärts zu Leistung und Erfolg! Im alten Sinn von Pflicht und Opfer liegt ihre Wurzel. Ihr Handeln aber gilt dem Dienst am Volk und Staat, getreu ihrem Eid und ihren Aufgaben, die ihr die Verfassung stellt. Mit bester Zuversicht vertraue ich auf die deutsche Wehrmacht bei ihrer Arbeit für des Vaterlandes Ruhm und Gedeihen. Reichspräsident v. Hindenburg. General a. D.“

Mit der Beilage: Gewinnliste: Bücherlotterie zum Besten der Deutschen Bücherei

Der Amtsantritt Hindenburgs

Die Rückfahrt vom Reichstag

Die An- und Rückfahrt des Reichspräsidenten von Hindenburg zur Eidesleistung im Reichstag ist, wie aus Berlin gemeldet wird, ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Während die Wilhelmstraße und die Linden völlig abgesperrt waren, war der Bevölkerung am Brandenburger Tor und am Königsplatz Gelegenheit gegeben, den neugewählten Reichspräsidenten zu begrüßen. Eine vieltausendköpfige Menschenmenge, die sich auf diesen Plätzen eingefunden hatte, jubelte dem Präsidenten bei Vorbeifahrt begeistert zu und verhielt sich den gut organisierten Anordnungen der Polizei gegenüber musterhaft, so daß diese nirgends einzuschreiten brauchte. Auch der Abmarsch der Massen, der sich infolge der umfangreichen Absperremaßnahmen schwierig gestaltete, erfolgte, ohne daß es zu größeren Unfällen oder Zwischenfällen gekommen wäre.

Übernahme der Geschäfte

Hindenburg trat, vom Reichstag kommend, um 12,45 Uhr im Hause des Reichspräsidenten ein. Er wurde dort von dem bisherigen Stellvertreter des Reichspräsidenten, dem Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons, empfangen. Dieser geleitete ihn in das Arbeitszimmer des Reichspräsidenten und übergab ihm dort die Geschäfte.

Frühstück beim Reichspräsidenten

Um 1,30 Uhr fand im Hause des Reichspräsidenten ein Frühstück statt. Während des Essens hielt der bisherige Stellvertreter des Reichspräsidenten Dr. Simons eine Ansprache, in der er Hindenburg und die Herren der Reichsregierung als seine Gäste begrüßte. Dies sei sein letztes Recht und seine letzte Pflicht in diesem Hause. Er wisse, daß er den ganz überwiegenden Teil des deutschen Volkes, auch den Volksrat, der Hindenburg nicht gewählt habe, auch jetzt vertritt, wenn er ihm die wärmsten Glückwünsche ausspreche. Ein langes Leben voll Pflichttreue und Hingabe, voll ruhmvoller Siege und schmerzlicher Selbsterwindung gab Ihnen gerechtesten Anspruch auf einen ruhigen Lebensabend. Dennoch haben Sie sich auch diesmal wieder dem deutschen Volke selbstlos zur Verfügung gestellt. Möge das deutsche Volk Ihnen danken! Möge Gottes Segen auf Ihrer Präsidentschaft ruhen, damit unser deutsches Volk in friedlicher Arbeit seinen angemessenen Platz unter den Völkern der Erde wieder einnehmen kann. Mögen Sie treue Berater finden, die Sie bei Ihrem Streben erfolgreich unterstützen, so daß sich die Zusammenarbeit vertrauensvoll und ersprießlich gestaltet. Die Rede schloß mit einem Hoch auf den Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident erwähnte hierauf folgendes: Es ist mir ein herzlich Bedürfnis, in diesem Hause, das nunmehr die Stätte meiner verantwortungsvollen Arbeit werden soll, und in dem ich heute noch bei Ihnen und Ihrer wertigen Frau Gemahlin Gastfreundschaft genieße, Ihnen meinen wärmsten Dank zu sagen für die Aufnahme, die Sie mir bereitet, und für die Worte, die Sie soeben an mich zu richten die Güte hatten. Mit mir, so bin ich überzeugt, dankt Ihnen das ganze Volk für die hingebende Treue, mit der Sie sich dem Rufe der Volksvertretung zur Verfügung stellten, als der plötzliche Tod des ersten Reichspräsidenten eine vorübergehende Stellvertretung notwendig machte. Während dieser Wochen haben Sie dem deutschen Volke mit dem gleichen Eifer und der gleichen Treue gedient, wie Sie sie an vielen hohen und verantwortungsvollen Posten bezeugen haben.

Es ist nicht meine Aufgabe, das Wirken meines durch den frühen und unerwarteten Tod aus seiner Arbeit herausgerissenen Herrn Amtsvorgängers zu kennzeichnen und zu würdigen. Diese Aufgabe hat der Herr Reichskanzler Dr. Luther an der Bahre des Heimgegangenen erfüllt. Unbeirrt ist sein Verdienst um die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Deutschland nach dem Zusammenbruch unseres Volkes. Das wird jederzeit vom deutschen Volke, auch von den politischen Gegnern, dankbar anerkannt werden. Sein Streben war immer darauf gerichtet, dem deutschen Volke treu zu dienen. An anderer Stelle habe ich wiederholt zum Ausdruck gebracht, von welchen Überzeugungen und Anschauungen ich mich bei meiner Amtsführung leiten lassen will. Unser heutiges gesellschaftliches Zusammenleben ist am wenigsten der rechte Ort, politische Programme zu entwickeln. Mein langes arbeitsreiches Leben liegt offen vor aller Augen. Ich werde mich auch in meinem verantwortungsvollen Amt nur von dem einen Gedanken leiten lassen, in treuester Pflichterfüllung und unter Einsatz meiner besten Kräfte dem Volke und dem Vaterlande zu dienen. Die Anschauungen, die ich in der großen Schule der Pflichterfüllung, dem deutschen Heere, gewonnen habe, sollen auch für meine Friedensarbeit von Nutzen sein. Sie gipfeln in dem Satz: Pflicht vor Recht geht, daß jederzeit, besonders aber in den Tagen der Not, einer

alle Alle und Alle für Einen stehen müssen. Das deutsche Volk hat in der Zeit schwerster Prüfung sein Schicksal in die eigene Hand genommen. Möge es beweisen, daß es seiner Selbstverantwortung gewachsen ist. Wir aber, meine Herren, wollen uns in dem heißen Bestreben zusammenfinden, treue Diener des Vaterlandes zu sein. In diesem Sinne vorwärts mit Gott!

Der bisherige Stellvertreter des Reichspräsidenten, Dr. Simons, begab sich nachmittags mit dem fahrplanmäßigen Zug nach Leipzig zurück. Zur Verabschiedung am Zuge hatte sich Reichskanzler Dr. Luther, der Präsident des Reichstages, Loche, Reichswehrminister Dr. Gessler, Staatssekretär Dr. Kempner und der Chef, sowie die Referenten des Reichspräsidenten eingefunden. Staatssekretär Dr. Weisner überbrachte Herrn Dr. Simons herzliche Abschiedsgrüße des Reichspräsidenten von Hindenburg.

Glückwünsche

Oberbürgermeister Dr. W. Berlin hat für den Vorstand des Deutschen Städtebundes an den Reichspräsidenten folgende Drahlung gerichtet: „Wir begrüßen die im Deutschen Städtebunde vereinigten Städte aus allen Teilen Deutschlands bei der Übernahme des höchsten Amtes, voll überzeugt, daß Sie, Herr Reichspräsident, stets mit Ihrer ganzen Persönlichkeit dem Ziele leben, hoch und niedrig aus allen Ständen und Parteien auf dem Grunde der Hingabe an das Vaterland zu einigen; denn nur die Einigkeit kann im Innern wie nach außen in Politik und Wirtschaft das deutsche Volk wieder zur Höhe erheben.“

Oberbürgermeister Landmann übermittelte namens der Stadt Frankfurt a. M. dem Reichspräsidenten seine Glückwünsche. Entsprechend einem schon früher geäußerten Wünsche wiederholen der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung die Bitte, der Reichspräsident möge um die Verbindung der Zentralregierung mit dem Westen und Süden immer fester zu gestalten alljährlich für eine bestimmte Zeit seinen Sitz und Aufenthalt in den Mauern der Stadt Frankfurt nehmen, die 34 Jahre lang der Sitz des Präsidiums des deutschen Bundes war und somit zum Symbol der inneren Einheit aller Stämme werden.

Glückwünsche des Auslandes

Der Bundespräsident der Republik Österreich, Dr. Seiner, telegraphierte: Anlässlich Ihres Antritts des hohen verantwortungsvollen Amtes bitte ich Sie, meine wärmsten Glückwünsche entgegenzunehmen.

Der Kaiser von Japan: In dem Augenblick, in dem Sie, Herr Reichspräsident, das Amt des Präsidenten des Deutschen Reiches antreten, liegt mir daran, Ihnen meine wärmsten Glückwünsche auszusprechen, womit ich zugleich meine besten Wünsche für Ihre persönliche Wohlfahrt, wie auch für das Gedeihen Ihres Landes verbinde. gez. Yoshihito.

Der König von Schweden: Zu dem Antritt Ihrer hohen verantwortungsvollen Stellung als Reichspräsident spreche ich Sie, Herr Reichspräsident, meine aufrichtigen warm empfundenen Glückwünsche zugleich auch für das Wohlergehen des deutschen Volkes aus. gez. Gustav V.

Der König von Dänemark: Anlässlich Ihrer heute stattfindenden Übernahme der Reichspräsidentschaft spreche ich Ihnen meine aufrichtigsten Wünsche für die Ausübung Ihres hohen Amtes zum Wohle Ihres Landes und Volkes aus. gez. Christian X.

Der Reichspräsident von Finnland: In dem Augenblicke, wo Sie, Herr Reichspräsident, die höchsten Würden der deutschen Republik antreten, beehre ich mich, für das persönliche Wohlergehen Sie, Herr Reichspräsident, sowie für die Zukunft Ihres Vaterlandes, meine aufrichtigsten Glückwünsche auszusprechen. gez. Mesander, Reichspräsident Finnlands.

Der Präsident Argentiniens: Sie, Herr Reichspräsident, spreche ich namens des argentinischen Volkes und seiner Regierung meine Glückwünsche dazu aus, daß Ihre Mitbürger Sie auszeichnen haben, den Geschicken Ihres Vaterlandes vorzusetzen. Ich möchte meine aufrichtigsten Wünsche für Ihren Erfolg bei der Ausübung des so hohen Amtes zum Ausdruck bringen. gez. de Alvear, Präsident von Argentinien.

Der ungarische Reichsverweserorthy sprach bereits vor mehreren Tagen dem Reichspräsidenten zu seiner Wahl die herzlichsten Glückwünsche aus.

Kundgebung der Aufwertungsorganisationen. Die zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Aufwertungsorganisationen veranstalteten Dienstagabend im Berliner Sportpalast eine Kundgebung, die von etwa 1500 Personen besucht war. Es wurde eine Entschließung angenommen, in welcher die Anerkennung sämtlicher privaten und öffentlichen Schulden, die sofortige Aufnahme des Zinsendienstes, Aufhebung der 3. Steuerneuerordnung usw. gefordert wird.

Landesverein Badische Heimat e. V.

(zur Landesversammlung in Wörzheim vom 16. bis 18. Mai 1925.)

Wie der Garten Deutschlands breitet sich unser badisches Land vom Main bis zum Bodensee am rechten Ufer des Rheins aus und im Schmut ihrer Laubwälder oder im Dunkel der Tannen begleiten es die Berge des Oberrheins und des Schwarzwaldes. Liebert uns das Land, liebvert auch die Menschen, die es bewohnen. Als einziges Volkstum aus unserem fürchterlichen Niederbruch ist es uns unversehrt erhalten. Und dieses köstliche Volkstum ist es, nun weiter zu hegen und zu schützen. Wir wollen es immer mehr kennen und lieben lernen, wir wollen es in seiner Eigenart auch vor Eingriffen und Zerstörung bewahren, kennen lernen in seiner lebendigen Dichtung und Kunst, seinen alten Bauwerken, Ortsbildern und Städtebildern, seinen Bergen und Tälern, der Verschiedenheit seiner Volkstämme, ihrer Sitten und Gebräuche, Sagen und Legenden, Mundarten und Trachten. Durch Vertiefung in Geschichte und Eigenleben unserer Heimat und Eintreten für ihre Eigenart wollen wir auch die Ideale wieder finden, die uns so bitter notum in schwerer Zeit. Das sind die Aufgaben, welche sich der Landesverein Badische Heimat gestellt hat. Er sucht sie zu erfüllen, indem er mit Wort und Schrift aufklärend und mahnend für seine Ideale zu werden vermag. (Mein Heimatland, Jahreshefte Badische Heimat, Elfbart-Jahrbuch, Kalender für das Badenerland und Heimatblätter vom Bodensee zum Main sind die Veröffentlichungen.)

Aus drei Vereinen, drei Gruppen, ist der Landesverein Badische Heimat hervorgegangen (Verein für Volkskunde, für Ländliche Wohlfahrtspflege, für Heimat- und Denkmalschutz), am 1. Januar 1909 gegründet und nach § 55 des Bürgerlichen Gesetzbuches eingetragen worden. Der Hauptsitz des Landesvereins ist Freiburg i. Br. Der Verein setzt sich zusammen aus Einzel- und körperschaftlichen Mitgliedern und aus denen der Ortsgruppen. Zu seinen Ehrenmitgliedern zählte: Stadtpfarrer Dr. Hans Jakob, Haslach i. N., Hofrat Prof. Dr. Pfaff, Freiburg i. Br., Frau Renette Stengel, Gutsch, Gz. Wirtl. Geh. Rat Prof. Dr. Hans Thoma, und gehören heute noch Univeritätsprofessor Dr. Fuchs, Tübingen, Privatmann Robert Gertig-Wörzheim.

Die Organe des Vereins sind: der 1. Landesversammlung (Univeritätsprofessor Dr. Eugen Fischer-Freiburg i. Br.), der

Engere Ausschuss, der Landesauschuss, die Landesversammlung, Ortsgruppen bestehen bis heute gegen 50 im ganzen Lande, und eine weitere ist in diesen Tagen im besetzten Gebiet, in Trier, gegründet worden, der bereits 74 Väter, er angehören.

Die Mitgliederzahl betrug im Jahre 1914 über 1000 und ist bis heute auf über 13000 angewachsen, eine erfreuliche Zunahme, die zeigt, wie erwünscht und erstrebenswert die Verbreitung und Vertiefung von Heimatforschung und Heimatpflege, Heimatkunde und Heimatliebe ist. Der Landesverein Badische Heimat wird auch fernerhin bemüht sein, den Mitgliedern die überall, auch im Ausland, anerkanntesten Zeitschriften (Schriftleiter Hermann Erich Busse, Freiburg i. Br.), zu einem möglichst niedrigen Jahresbeitrag zu liefern. Jeder Wiener sollte Mitglied werden und so auf seine Weise dazu beitragen, in alle Zukunft Badens Eigenart zu schützen.

Von unserem Schauspielführer wird uns geschrieben: Auf meine Bemerkung in der Besprechung der Aufführung von Schauspieler Johanna, daß ich nicht wisse, wen die Verantwortung für die Verpätung dieser Aufführung trifft, teil mir der Herr Intendant mit, daß er selbst die Verantwortung für die Entscheidung trage. Zur Frage der Verpätung selbst bringt er für ihn zwingende Gründe der reibungslosen Durchführung des festgelegten Spielplans, Mühsichten auf den Theaterbetrieb von Oper und Schauspiel an einer einzigen Bühne und schließlich die Absicht vor, die Jugkraft des Werkes für die augenblickliche, an Theaterfreudigkeit nachlassende Spielzeit auszunutzen. Ich möchte auch noch ausdrücklich seinen Hinweis hier anführen, daß die süddeutschen Nachburbühnen Stuttgart, Mannheim, Darmstadt, Freiburg i. Br., die heilige Johanna bis jetzt noch nicht aufgeführt haben.

Ich lasse dahingestellt, ob die vorgebrachten Gründe zureichend sind. Aber falls ja, so ist mir Gebot öffentlicher Rechtfertigung, davon der Öffentlichkeit Kenntnis zu geben. Ob aber über den Einzelfall hinaus der Spielplan der letzten Jahre, wie der Herr Intendant glaubt annehmen zu dürfen, den Beweis liefert, daß von einer „traditionellen“ Schwerfälligkeit der Karlsruher Bühne keine Rede sein kann, muß ich den Lesern meiner an dieser Stelle alljährlich veröffentlichten Gesamtprogrammübersichten zur Beurteilung überlassen. Professor Dr. Agel, Hüll.

Frankreich und die Entwaffnungsfrage

Früheres Memorandum an die Vorkonferenz

Der französische Minister billigte am Dienstag den ihm von Außenminister Briand unterbreiteten Entwurf eines an die Vorkonferenz zu richtenden Memorandums, das den Standpunkt Frankreichs zur Entwaffnungsfrage und zur Frage der Räumung der Kölner Zone enthält. Das Memorandum enthält drei Dokumente. Das erste Dokument entwirft den französischen Standpunkt, so wie ihn die französischen Sachverständigen klargestellt haben, und legt den wesentlichen Zweck dar, den die französische Regierung dadurch erreichen will, daß sie die unbedingte Durchführung der Vertragseinführung und der Vorschriften der Interalliierten Kontrollkommission in Deutschland fordern will. — Das zweite Dokument entwickelt die Auffassung, die Frankreich hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Friedens vertritt. — Das dritte Dokument endlich ist ein Requisitum der angeblichen Verletzungen Deutschlands, wie sie die interalliierte Delegation festgestellt hatte. Beigefügt ist das Gutachten des interalliierten militärischen Komitees Joffre in Versailles. Das Memorandum ist demnach ebenso wie das britische Memorandum gegliedert.

Nach dem „Matin“ beziehen sich die einzigen Meinungsverschiedenheiten, die noch zwischen London und Paris nur in gewissen Fragen des Vorgehens bei der Forderung an Deutschland bestehen, darauf, daß es die Bedingungen der Entwaffnung, so wie sie die Kontrollkommission vorschreibt, erfüllt. Der französische Entwurf wird gegenüber von den Sachverständigen der britischen Regierung geprüft. — Dem „Matin“ wird mitgeteilt, daß vielleicht ein Einvernehmen über alle Punkte erzielt werden könne.

Der französische Außenminister Briand hat Dienstag alle den in der Vorkonferenz vertretenen Delegationen den Text des französischen Memorandums übermittelt. Sobald London Stellung genommen hat, können die Vorkonferenzen in eine Prüfung der Materie eintreten. Man glaubt in Paris, daß die Vorkonferenz am Freitag zusammenzutreten wird, und daß nur wenige Stunden nötig seien, um eine Einigung herbeizuführen.

Der Sicherheitspakt

Ferner hat der französische Minister den Entwurf der Antwort auf das deutsche Garantieangebot für die Rheinregion gebilligt und dieser Notenentwurf ist bereits dem englischen Vorkonferenz überreicht worden. Das gleiche Vorgehen wird, wie Habas berichtet, auch gegenüber Belgien eingeschlagen werden. Italien wird nicht erwähnt. Erst nachdem ein Einverständnis unter den Alliierten über den Text der Note erzielt sein wird, wird die französische Antwort in Berlin überreicht werden.

Der Notenentwurf — so heißt es im Habasbericht weiter — ist von den Ministern günstig aufgenommen worden. Er scheint tatsächlich Loyalität und Weisheit zu zeigen. Weit entfernt, das deutsche Angebot als ungenügend zu bezeichnen, befürwortet Frankreich damit guten Willen, mit dem ehemaligen Feind nach Witten zu suchen, um weitgehende Friedensbedingungen durchzuführen. Denn es sei Ansicht der französischen Regierung, daß der deutsche Vorkonferenz nur Interesse haben könne, wenn er nicht nur den Frieden festsetze, sondern auch die bestehenden Vertragsklauseln verstärke. (1) Das gleiche gelte von dem in Kraft befindlichen Übereinkommen über die Befreiung der Rheinlande. Die Schlussfolgerung des ins Auge gefassten Paktes dürfe selbstverständlich den Neutem und Interessierten der Länder Mitteleuropas, wie Polen, die Tschechoslowakei und Oesterreich, „keinen Abbruch“ tun. (2) Endlich könne das Abkommen nur unterzeichnet werden, wenn Deutschland in den Vorkonferenz eintrete. Die Mitteilung schließt: Das sind schließlich die hauptsächlichsten Grundzüge, die die französische Antwort enthält. Man muß jedoch hinzufügen, daß sie keinen Fragebogen an die Reichsregierung enthält, wie das vorausgegangene Ministerium beabsichtigt hatte, so daß alles in letzter Linie von Deutschland abhängt, wenn es Verhandlungen über den Abschluß eines Sicherheitspaktes einleiten will, die es jetzt, nachdem der französische Standpunkt klargestellt wurde, in voller Kenntnis der Dinge durchführen kann.

Überreichung der Entwaffnungsnote in etwa 10 Tagen
W. B. Paris, 13. Mai. In gewissen französischen, der Regierung nahestehenden Kreisen wird erklärt, daß die Note der alliierten Regierungen über die Entwaffnung Deutschlands und die Räumung der Kölner Zone ein sehr lautes Dokument sein wird, das in etwa 10 Tagen in Berlin überreicht werde.

Nitti zur Frage der Garantien

W. B. London, 13. Mai. „Manchester Guardian“ veröffentlicht einen Artikel Nittis, worin dieser darlegt, daß seine Annäherung an den Frieden ohne vorheriges direktes Übereinkommen zwischen Deutschland und Frankreich möglich sein werde. Es sei aber ein grundlegender Irrtum, von Garantien für Frankreich zu sprechen. Wenn irgend ein Land fest Garantien brauche, so sei es Deutschland, das gezwungen sei, unter bewaffneten Feinden unbedeutend zu leben, und zwar unter Feinden, von denen einige, wie die Polen, keine Mühe in ihren Forderungen zeigen. Nitti kommt zu dem Schluß, daß alle Länder Garantien brauchten. Früher oder später würden die Vereinigten Staaten von Europa Laitsche werden. Der italienische Staatsmann widerlegt das französische Argument, Frankreich in einem Jahrhundert dreimal von Deutschland angegriffen worden sei, und betont, daß die Verantwortung für den Weltkrieg 1914 noch festgestellt werden müsse. Er wiederholt die Worte Lloyd Georges, daß alle die Verantwortung teilen; denn alle seien in den Krieg hineingeschlittert. Nitti bezeichnet ferner die durch den Versailler Vertrag festgelegte Entwaffnung aller besiegten Mächte als einen in der Geschichte noch nicht dagewesenen Schritt. Er hebt hervor, daß viele Siegerstaaten, sowie die neuerschaffenen Staaten ihre Rüstungen verdoppelt hätten. Polen mit dem Danziger Korridor und mit allen Absurditäten des Versailler Vertrages und mit seinen eigenen imperialistischen Bestrebungen stelle eine Gefahr für alle dar. Ein gegenseitiger Garantiepakt zwischen den zum Völkerbund gehörigen Staaten sei nicht möglich, bevor zu allererst eine Revision der schlimmsten Ungerechtigkeiten der Verträge stattgefunden habe. Als Chamberlain sich bereit zeigte, alle Vorschläge, für die Deutschland bereit sein würde, Sicherheiten zu geben, anzunehmen und ernstlich zu erwägen, habe er gesagt, daß er das Problem von seiner weitesten Seite ins Auge faßte. Die Aktion Großbritanniens könnte weitere Auswirkungen haben. Frankreich und die Entwaffnungsfrage

Coolidge und die Schulden Frankreichs. Die „Morning Post“ meldet aus Washington, es seien hartnäckige Gerüchte im Umlauf, daß Präsident Coolidge eine Note an Frankreich vorbereite, in der angefragt werde, daß eine Negierung der Schulden an Amerika, umzuzinsen sei.

Politische Neuigkeiten

Die Deutsch-österreichischen Bahsverhandlungen

Die deutsch-österreichischen Verhandlungen über die Aufhebung des Bahnverkehrs im Reiseverkehr in München haben nur zu einem teilweisen Ergebnis geführt. Man ist übereingekommen, die Gebühren für die einmalige Einreise von 10 auf 5 Mark, für ein Dauerbismar von 30 auf 10 Mark herabzusetzen. Die Vereinbarung bedarf allerdings noch der Genehmigung der Regierung.

In Österreich Nationalrat brachten die Sozialdemokraten, Großdeutschen und Bauernbündler einen Antrag über Abschaffung des Schieferwerks im Verkehr mit Deutschland ein und stellten das Verlangen, daß die Bundesregierung auf der Grundlage der vorüberläufigen Abschaffung des Bismarwanges im Verkehr zwischen Deutschland und Österreich unverzüglich neue Verhandlungen anbahne.

Das schlechte polnische Gewissen

Nach einer der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ von durchaus zuverlässiger Quelle von auswärts eingehender Meldung, ist man in Polen seit den letzten Tagen besorgt, an der Strecke Marienburg-Schneidemühl, soweit sie durch polnisches Gebiet geht, die Beweise der Vernachlässigung zu beseitigen. In den letzten Nächten wurde, wie die Information des Blattes besagt, fieberhaft daran gearbeitet, die schabhaften Schwellen auszuwechseln, um so genaue Feststellungen unmöglich zu machen. Es ist zu hoffen, daß durch die vom Schiedsgericht für den Durchgangsverkehr durch den Korridor angeordnete Untersuchung Klarheit geschaffen und die Vernachlässigung der Strecke, wodurch das Unheil bei Stargard ermöglicht wurde, vor aller Welt festgesetzt wird.

Kurze Nachrichten

Zum Tode Höfles. Die „Germania“ teilt mit, daß der Gefängnisarzt, Medizinalrat Dr. Höfles, dem die Behandlung des früheren Reichspostministers Dr. Höfles während seiner Untersuchungshaft oblag, einstweilen beurlaubt worden ist. — Die demokratische Reichstagsfraktion hat eine kleine Anfrage eingebracht, in welcher die Reichsregierung gefragt wird, was sie zu tun gedenke, um eine ausreichende ärztliche Krankenuntersuchung Gefangener in allen deutschen Ländern sicherzustellen.

Stand der englischen Ein- und Ausfuhr. Der Wert der englischen Einfuhr im April beträgt 110 358 208 Pfund, was eine Zunahme um 24 194 200 Pfund gegenüber April des Vorjahres bedeutet. Die Ausfuhr beträgt 60 877 328 Pfund und ging um 1 989 398 Pfund zurück.

Konflikt im englischen Bergbau. Der Londoner „Times“ zufolge, wird am heutigen Mittwoch die kritische Sitzung des gemeinsamen Ausschusses von Arbeitgeber und Arbeitnehmer der englischen Bergbauindustrie stattfinden, auf der die Entscheidung fallen dürfte, ob Zusammenarbeit oder Streik die Lösung des Konflikts sein werden.

General Mangin. Das Mitglied des französischen obersten Kriegsrates, General Mangin, ist Dienstag mittag in Paris im 59. Lebensjahre gestorben. Mangin, dessen erste große Enttarnung gemeldet wurde, verstand als Befehlshaber einer der Besatzungsarmeen im Rheinlande, wie das „Journal des Debats“ hervorhebt, eine sehr aktive Politik in der Separatistenfrage zu verfolgen. Er wurde im Oktober 1919 von seinem Rainer Posten abberufen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Die Klinischen Anstalten in Freiburg

wurden am getrigen Dienstag auf ergangene Einladung an Haushaltsausschuß und Regierung einer Besichtigung unterzogen. Erschienen waren von der Regierung Staatspräsident Dr. Hellpach, die Minister Nemmele und Trunk, der Haushaltsausschuß fast vollständig, der Landtagspräsident, ferner die Ministerialdirektoren Keers und Schmitt, Generalstaatsanwalt Dr. Hafner, die Ministerialräte Schwörer als Hochschulreferent und Steinbrenner als Vertreter des Finanzministeriums. Auf dem Freiburger Bahnhof waren zur Begrüßung Oberbürgermeister Dr. Bender an der Spitze des Stadtrats und von Bürgerausschußmitgliedern, Vertreter der Universität und der staatlichen Behörden, sowie der Presse erschienen. Der Besuch galt dem erstrebten Zweck, den Zustand der Freiburger Kliniken zu prüfen und Wege der Abhilfe gegenüber der vorhandenen Raumnot und den geringen Mitteln zu suchen. Im Hörsaal der Medizinischen Klinik hielt Professor de la Camp, der Vorsitzende des Verwaltungsrats, einen kurzen Vortrag über Wesen und Form des heutigen klinischen Unterrichts, in welchem er betonte, daß die Klinik zur Erforschung des Wesens der Krankheiten zahlreiche Apparate und Untersuchungsgegenstände brauche, ebenso Räume zur Ermöglichung der ärztlichen Tätigkeit. Deshalb müßten Regierung und Landtag sich mit dem Gedanken des Neubaus der Freiburger Kliniken vertraut machen und die hierzu notwendigen finanziellen Mittel bewilligen. Die Kliniken sollen Kranke heilen, die Studenten belehren und ständig experimentelle Forschungen vornehmen. Unter den jetzigen Raumverhältnissen sei dies glatte unmöglich.

Das geplante Neubauprojekt legte dann Oberbaurat Lorenz in den Einzelheiten dar; es solle auf dem Gelände an der Kreisacher Bahn zur Ausführung kommen. Nur dadurch könne der jetzigen Zersplitterung bei der Verwaltung und der Betriebsführung der Kliniken Einhalt getan werden. Zunächst wäre der Neubau der medizinischen und der chirurgischen und der Frauenklinik ins Auge zu fassen.

Bei dem dann erfolgenden Rundgang durch die Kliniken konnten sich Regierung und Haushaltsausschuß von den überaus mangelhaften Verhältnissen in den einzelnen Gebäuden, von dem großen Raumangel und der dadurch bedingten kümmerlichen Befahrung bei der Heilung der Kranken nachhaling überzeugen. Nirgends reichen die Räume aus und auch Ergänzungsbauten können dem Mangel nicht steuern; man muß unbedingt an Neubauten denken. Dieser Eindruck war allgemein.

Darauf hob Oberbürgermeister Dr. Bender ab, als er nachher im Fähringer Hof, wofolbst das durch die Stadt gegebene Mittagessen eingenommen wurde, Regierung und Haushalts-

ausschuß willkommen hieß, für den Besuch dankte und auf den Beschluß der Freiburger Stadtverwaltung verwies, an die Angelegenheit der Klinik-Neubaus heranzutreten. (Belanlich hat der Stadt drei Fünftel, die Stadt zwei Fünftel der Kosten der Kliniken zu tragen.) Die Stadt Freiburg werde ihr Bestes leisten; auch wenn man von Neubauten absehen wollte, müßten Millionen von Mark in die jetzigen Kliniken hineingesteckt werden; dadurch würde aber ein befriedigender Zustand nicht geschaffen werden. Oberbürgermeister Dr. Bender verbreitete sich dann noch des längeren über die sonstigen Aufgaben der Stadt Freiburg auf dem kulturellen und wirtschaftlichen Gebiete und bat Regierung und Volksvertretung um ihre Mithilfe.

Diese sagte Staatsrat Marum, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, welcher für die Regierung und das Landtagspräsidium sprach, gerne zu. Er zitierte das bekannte Wort, daß der Menschheit ganzer Jammer die heutigen Besucher der Freiburger Kliniken erfährt habe. Die geschauten Bilder seien erschütternd gewesen. Hier dürfe nicht nur geredet, es müsse gehandelt werden. Der Landtag bezog der Haushaltsausschuß würden alles tun, um zu helfen. Gewiß sei der Parlamentarier dem ganzen Volke verantwortlich, wie überhaupt die Parlamente nach dem Kriege eine größere Bedeutung gewonnen hätten. Der Haushaltsausschuß wolle sich durch seinen Besuch informieren und orientieren, um darnach seine oft nicht leichten Beschlüsse zu fassen. Es werde manchemal auf die Parlamente gescholten; man sollte sie aber nicht beurteilen nach den Vorgängen in den öffentlichen Sitzungen, sondern nach der Fülle der Arbeit, die in den Kommissionen geleistet wird und geleistet werden muß. Der Parlamentarismus hat eben seit einigen Jahren große Wandlungen durchgemacht, das müsse man sich bei Würdigung seines Wesens und seiner Notwendigkeit und Nützlichkeit für den Staat vor Augen halten. Für seine Hochschulen leiste Baden, was finanziell irgendwie erträglich ist. Diese sollten jedoch nicht nur eine Gelehrtenrepublik sein, sondern auch stets loyal für das Wohl der deutschen und der badischen Republik mitarbeiten.

Hieran anschließend betonte der derzeitige Rektor, Professor Sauer, das akademische Pflichtgefühl der Hochschullehrer gegenüber dem Volke. Regierung, Volksvertretung und Hochschule müssen in gegenseitigem Zusammenarbeiten die gemeinsamen Aufgaben lösen.

Damit waren die offiziellen Reden erschöpft. Es folgte eine Rundfahrt durch Freiburgs herrliche Waldschichtstrassen und dann die Einnahme des Abendessens im Europäischen Hof. Hier hat noch kurz Professor Immisch, der frühere Rektor, die Freiburger nicht zu enttäuschen. Der Landtagspräsident Dr. Baumgartner erwiderte, und um halb 9 Uhr fuhren die Karlsruhe Gäste zurück. Die in den Freiburger Kliniken gewonnenen Eindrücke werden sich sicherlich in entsprechenden Beschlüssen des badischen Parlaments auswirken.

Vermehrung der Schlafwagenkurie

Der Sommerdienst 1925 wird für die badischen Linien eine ganz erhebliche Vermehrung der Schlafwagenkurie gegenüber dem letzten Winter wie auch gegenüber dem letzten Sommer bringen. Berechnungen im Sommer letzten Jahres durch Baden 22 Schlafwagen, von denen 14, also zwei Drittel auf langen Durchlauf über badische Strecken entfielen, der Rest auf Linien, die Baden kürzer berühren oder schneiden, wie Frankfurt-Stuttgart, Berlin-Würzburg-Stuttgart usw., so stieg diese Zahl im letzten Winter auf 24 Schlafwagen in längeren Läufen, davon 16 auf kürzere Schmittstrecken, durch Baden. Für den kommenden Sommer erhöht sich die Zahl 24 um ein volles Drittel auf 36 Schlafwagenkurie, wovon 26 auf lange Strecken durch Baden gehen, 10 auf kürzere Strecken. Das Verhältnis der auf lange und auf kürzere Strecken durch Baden verkehrenden Kurie hat sich dabei immer unbedeutend erhalten. Die Schlafwagengänge erstrecken sich auf die Linien der Hauptbahn Mannheim-Heidelberg-Karlsruhe-Basel, Mannheim-Heidelberg-Bretten-Mühlacker-Würzburg-Ottobrunn (Berlin-Stuttgart) und Suhl-Karlsruhe-Mühlacker. Die Oberwaldbahn Mannheim-Heidelberg-Würzburg hat nur auf der erwähnten Teilstrecke nördlich Ottobrunn in Kurie Berlin-Stuttgart Schlafwagen. Die Schwarzwaldbahn, die keine in Frage kommenden Zuglagen hat, verfügt über keine Kurie, kann aber vielfach günstig nördlich Offenburg an Schlafwagen anschließen. Ueber die badischen Linien werden nur Schlafwagen erster und zweiter Klasse gefahren, während das benachbarte Württemberg zwischen Berlin und Stuttgart auch Schlafwagen dritter Klasse benutzen kann.

Vom Weinbau

Das Badische Weinbauinstitut in Freiburg gibt folgendes bekannt: Die starken Regenfälle am 8. und 9. Mai lassen einen Peronosporausbruch vom 23. bis 27. Mai erwarten. Es empfiehlt sich deshalb, bis dahin die erste Bespritzung der Reben mit Iprazentigen Kupferpräparaten (Kupfernitrat, Koppersal) durchzuführen. Vor allem sind die Blattunterseiten und Gescheine zu bespritzen. Da auch die Gewurmmotten schon stark fliegen, müssen bei dieser ersten Bespritzung der Rebe gleich 160 Gramm Urantagrün (Eisessigsäure) zugelegt werden oder man spritzt mit 1,5prozentiger Kupfernitratlösung (wirkt gegen Peronospora und Gewurmmotte gleichzeitig). In Notfällenlagen muß man schon vor dem 20. Mai spritzen.

Warnung vor einem Schwindler

In letzter Zeit ist an verschiedenen Orten Badens ein Betrüger bei Geislingen aufgetreten, der sich Peter Wernz, auch Wernz, und Heizer Peter Schmitt, geboren 17. Juli 1886 in Saarbrücken nannte, sich als Ausgewiesener ausgab, und eine Taufe anmeldete. Unter Vorgabe in großer Not zu sein, erschwindelte er sich Darlehen von den Geislingen. Er wird folgendermaßen beschrieben: 35-40 Jahre alt, mittelgroß, mittlere Figur, dunkle Haare, und kleines, dunkles Schnurrbartchen, brauner oder dunkelblauer Anzug, in einem Falle dunklen Neberzieher, schwarzer Hut und Schnürschuhe, Anhang von Saarländer Dialekt. Es wird erlucht, sobald der Schwindler wieder auftritt, die Polizei oder Gendarmerie sofort zu verständigen.

Badischer Baumaterialienhändler e. V. Karlsruhe

Der Verband Badischer Baumaterialienhändler e. V. Karlsruhe hielt seine diesjährige Hauptversammlung dieser Tage in der Handelskammer in Karlsruhe ab. Der Verbandsvorsitzende, Graf-Karlsruhe, erwähnte in seinem Bericht, daß das

verfloßene Jahr nicht allen Erwartungen des Baumaterialienhandels erfüllt habe. Auch in diesem Jahre sei keineswegs mit der Bautätigkeit im Umfang ähnlich der Vorkriegsjahre zu rechnen. Aber trotzdem würde vielleicht eine Baustoffknappheit eintreten, deren erste Anzeichen sich jetzt schon teilweise fühlbar machen. Dem Verbands sei es im verfloßenen Jahre gelungen, die Preise der Baustoffe in einem erträglichen Rahmen und ruhigen Niveau zu halten. Die Einfuhr ausländischer Baumaterialien spez. Zement, habe seit Aufhebung der zollfreien Einfuhr aus Lothringen wesentlich nachgelassen. Zu den diese Einfuhr regelnden Tarifzollverhandlungen seien die Spitzenverbände zugezogen worden und man erhoffe ein alle Teile zufriedenstellendes Ergebnis.

Verbandspräsident Peter-Karlsruhe gab einen Bericht über die Bautätigkeit in Baden in den Jahren 1914, 1923 und 1924 und schilderte den Rückgang des Bauens, dessen Folgen für das Baugewerbe und die Wohnungsnot und seine Bekämpfung. Danach wurden gebaut in Baden:

im Jahre 1914 1859 Gebäude mit 5114 Wohnungen und 212 Umbauten,

im Jahre 1923 2388 Gebäude mit 5862 Wohnungen und 573 Umbauten,

im Jahre 1924 2447 Gebäude mit 4944 Wohnungen und 430 Umbauten.

Es wurden gebaut in Mannheim:

im Jahre 1914 208 Gebäude mit 1047 Wohnungen und 19 Umbauten,

im Jahre 1923 301 Gebäude mit 367 Wohnungen und 86 Umbauten,

im Jahre 1924 294 Gebäude mit 789 Wohnungen und 156 Umbauten.

Es wurden gebaut in Karlsruhe:

im Jahre 1914 109 Gebäude mit 536 Wohnungen und 1 Umbau,

im Jahre 1923 151 Gebäude mit 502 Wohnungen und 20 Umbauten,

im Jahre 1924 251 Gebäude mit 546 Wohnungen und 21 Umbauten.

Die allgemeine Aussprache betonte die Notwendigkeit der Förderung des Baugewerbes mit allen Mitteln zur Linderung der Wohnungsnot. Auch wurde die Beseitigung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen verlangt, weil sonst das zur Belebung des Baugewerbes erforderliche Privatkapital sich zurückhalte und die Kapitalbildung durch Hausbesitz verhindert werde. — Der Verband hatte auch im verfloßenen Jahre Mitgliederzuwachs zu verzeichnen, so daß er jetzt wohl alle bedeutenden Baumaterialienhandlungen des Landes umfaßt. — In der jahungsmäßigen Neuwahl wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt.

Für eine feste Rheinbrücke bei Maxau

23. Neustadt a. d. Ob., 12. Mai. Der Verein zur Förderung des badisch-pfälzischen Verkehrs hielt hier im Saalbau unter zahlreicher Beteiligung seine 5. ordentliche Mitgliederversammlung ab, die in erster Linie den Zweck verfolgte, unter den Mitgliedern eine Aussprache über die für den Verein wichtigste Frage der Erstellung einer festen Rheinbrücke bei Maxau herbeizuführen. Den Hauptbericht erstattete Oberregierungsrat Pfeiff von Karlsruhe, der in einem übersichtlich gegliederten Vortrag die Aufgaben und Ziele des Verkehrsvereins darlegte. Der Redner gab ein anschauliches Bild wie sich der Verkehr der Südpfalz mit Mittelbaden durch die unzureichende Brücke bei Maxau gestört wird. An Hand von statistischen Tabellen zeigte er die starke Zunahme des Verkehrs in den letzten Jahren und wies insbesondere noch auf die gewaltige Entwicklung des Wasserstraßenverkehrs hin, für den die jetzige Brücke ein ständiges Hindernis bildet. An die Ausführungen des Redners knüpfte sich eine rege Aussprache. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, die besagt, daß die badisch-pfälzische Wirtschaft sich unter der Auswirkung der aus dem Vertrag von Versailles für sie erwachsenen wirtschaftlichen Sonderbelastungen nur wieder aufzurichten kann, wenn Staat und Reich ihr gründlich helfen, vor allem eine dauernde Verminderung ihrer Produktionskosten und eine gegen bisher intensiverer Bearbeitung ihres stark beschnittenen Lebensraumes durch eine Erleichterung, Beschleunigung und Verbilligung des Verkehrs in ihrem Arbeitsgebiete wie mit dem unbesetzten Deutschland ermöglichen, was in besonders wirksamer Weise durch den auch aus schiffahrtstechnischen und schiffahrtspolitischen Gründen unabweislich notwendigen Bau einer festen Rheinbrücke bei Maxau geschehen kann. Aus dieser Überzeugung heraus bildet die Versammlung Staat und Reich auch aus politischen Erwägungen dringend, die zur Verteilung der Kosten des Brückenbaues geführten, 1916 abgebrochenen Regierungsverhandlungen alsbald wieder aufzunehmen und möglichst beschleunigt abzuschließen.

Der Landesverband badischer Schlossermeister

hielt in Offenburg am Sonntag sein Hauptversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben des Vereins 4867 Mark betragen. Die Hauptbelastung des Verbandes besteht in dem neuen Verbandsorgan, doch hofft man, das dadurch entstandene Defizit von einigen Hundert Mark durch Beiträge zu decken. Der Landesverband nahm Stellung gegen die hohen Beiträge der Berufsgenossenschaft und stellt das Verlangen, daß die Reichspost wie früher wieder Vorschüsse leistet, so daß auf diese Weise die Handwerksmeister der Notwendigkeit entbunden werden, die Vorschüsse, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig sind, selbst zu decken. Der Landesverband verlangt ferner, daß der Religionsunterricht in den Gewerbeschulen wieder abgeschafft wird.

Gemeinde-Rundschau

Der Stadtrat Heidelberg hat zur Verstärkung des Elektrizitätswerkes einen aus Anlehensmitteln zu bedeckenden Kredit von 250 000 M. genehmigt.

Der Bezirksrat Kastatt trat am 11. Mai zu einer außerordentlichen Bezirksratsitzung in auswärtiger Tagfahrt unter dem Vorsitz des Landrates Tritschler zusammen. Es handelte sich um eine Besichtigung des Fortschrittes der Bauarbeiten der großen Sperrmauer im Schwarzbachtal, jener wirtschaftlich bedeutungsvollen Anlage des Badenwerkes. Zwei Momente rechtlicher Natur hatten noch der Klärung. Das eine bezieht sich auf eine Garantienhaftung des Badenwerks im Sinne des § 41 des Wassergesetzes für Nachteile der Unterlieger, das andere erstrebt eine Haftübernahme des badischen Staates im Wege eines Sondergesetzes über die geschäftliche Haftung des Badenwerks hinaus für Schäden, die aus höherer Gewalt, Naturereignisse usw. in diesem Falle etwa entstehen könnten. In einer in Kirchbaumwagen stattgefundenen Besprechung wurde eine weitgehende Klärung der beiden Rechtsfragen vor der endgültigen bezirksrätlichen Verbescheidung im Interesse des wirtschaftlichen Friedens gewünscht. Es kam darin der Gedanke zum Ausdruck, die gesamte schwierige Materie in erster Instanz völlig zu klären. Das Bezirksamt sagte seine Hilfe zu. Bei einem weiteren Vorkommnis gab der Bezirksrat seinem Mißfallen Ausdruck, daß der weitere Ausbau der Murgtalbahn seitens der Reichsbahn immer noch auf sich warten lasse.

Aus der Landeshauptstadt

Am gestrigen Tag der Eidesleistung des Reichspräsidenten zeigte das Straßenbild der Landeshauptstadt reichen Fahnen-schmuck. Die öffentlichen Gebäude und zahlreiche Privathäuser waren in den badischen, den alten und neuen Reichsfarben geschmückt. Der von der nationalen Studentenschaft unter Mitwirkung der vaterländischen Verbände und der militärischen Vereine veranstaltete Fackelzug endigte mit einer Kundgebung vor dem Bismarckdenkmal, bei welcher ein Vertreter der Studentenschaft, der Rektor der Technischen Hochschule und Oberregierungsrat Bauer Ansprachen hielten. Nachdem das Deutschlandlied verklingen war, wurden die Fackeln am Denkmal zusammengeworfen. Die Kundgebung verlief, abgesehen von einigen kommunistischen Störungsversuchen, ohne Zwischenfall.

Falschgeld. In letzter Zeit sind in Forstheim und Umgegend mehrere falsche 1 Markstücke in Verkehr gebracht worden, die aus 3 Teilen bestehen. Auf einem gewöhnlichen Metallstempel wurde eine Schrift- und Wappenseite, die auf galbanischem Wege hergestellt sind, aufgelegt. Dies ist am Rand der Münze leicht zu erkennen, die Randelung fehlt, die Prägung ist un-scharf, die Fälschung ist leicht erkennbar. Obwohl erst vor kurzem in der Presse vor Annahme solcher Falschstücke gewarnt wurde, ist es den Falschmünzern inzwischen in mehreren Fällen wieder gelungen, solche Falschstücke an den Mann zu bringen. Ein auf gleiche Art hergestelltes 50 Pf.-Stück ist in den letzten Tagen ebenfalls in Forstheim in Verkehr gebracht worden. Vor Annahme der Falschstücke wird daher wiederholt gewarnt.

Warnung. Eine Firma H. W. Stapper in Amsterdam versendet Lose nach dem System Schneeballen-System und zwar muß A durch Zufindung eines von B gekauften Loses an die Firma Stapper eine Stammtarte lösen und für diese 6,25 M. ein-senden, wofür er 4 Lose zugewandt erhält. Diese Lose muß er an C, D, E und F abgeben und die letzteren lösen auch wieder je eine Stammtarte ein. So wird ein Turm von 6 Fällen durchspielt und in jedem Falle ändern sich die Farben der Stammtarten in der Reihenfolge: Weiß, rot, gelb, blau, grün und braun. Sobald die braune Karte gehandelt ist, erhält B eine Falschmünze, in der er aufgefordert wird, den Gewinn zu wählen und zwar: entweder 2000 Gulden oder ein Motorrad oder einen Flügel oder ein Auto. A mußte dann mit dem Gewinn warten, bis die Reihe an den roten Karten ist, C bis zu den gelben usw. Da dieses Unternehmen eine unerlaubte Auspielung darstellt und auch anzunehmen ist, daß es sich um eine Schwindelfirma handelt, wird vor derselben gewarnt.

Badisches Landes-theater. Infolge mehrfacher Erkrankungen im Personal kann die ursprünglich für Sonntag, den 17. d. M. in Aussicht genommene Aufführung von „Don Juan“ nicht stattfinden. Statt dessen gelangt Gounods „Mar-garete“ zur Aufführung. Beginn 6 Uhr. Die Aufführung des „Don Juan“ findet dafür am Dienstag, den 19. d. M. statt. Anfang 6 1/2 Uhr.

Rose-Quartett. Nach dem großen Erfolg, den die Wiener Künstler mit ihrem Beethovenabend hier fanden, wird dem zweiten und letzten Konzert, das morgen, Donnerstag, den 14. Mai, abends halb 8 Uhr, im Eintrachtssaale stattfindet, noch gesteigertes Interesse entgegengebracht, umso mehr, als die Künstler ausschließlich Werke von Schubert zum Vortrag bringen werden, die bekanntlich keine Künstlervereinigung in gleicher Vollendung zu bieten vermag. Das Hauptwerk des Abends bildet das Follerequintett, die Werke unter den Schubertschen Kammermusikwerken. Für den Klavierpart wurde kein Geringerer als Alfred Hoehn gewonnen, während der Kontrabaß von unserem einheimischen Kammervirtuosen Karl Schiedt gespielt werden wird. Seit vier Jahren wurde dieses herrliche Werk in Karlsruhe nicht mehr aufgeführt. Die Ausgabe der Karten in der Konzertdirektion Kurt Neufeldt, Badstr. 39, ist in volstem Gange.

Voransichtliche Witterung am 14. Mai: Fortdauer der meist heiteren, trockenen Witterung, etwas wärmer, schwache östliche Winde.

Kurze Nachrichten aus Baden

W. Mannheim, 13. Mai. Der Polizeibericht meldet: Aus Anlaß einer Kundgebung, die vom Stahlhelmklub auf gestern Abend nach dem Hofengarten einberufen war, kam es zwischen 8 und 11 Uhr abends zu größeren Ansammlungen politischer Gegner und Neugieriger vor dem Hofengarten. Die Polizei mußte verschiedentlich die Straßen um den Hofengarten säubern. Der Abmarsch der vaterländischen Verbände erfolgte unter starkem polizeilichen Schutz, da die Gegner den Zug unter Schimpfen und Hohnen begleiteten und Gefahr bestanden, daß es zu Tätlichkeiten komme. Vor dem Ballhaus mußte die Polizei die Ansammlung abermals zerstreuen. In den Planken kam es etwa um 11 Uhr zu einer Schlägerei zwischen Angehörigen des Stahlhelms und Angehörigen von Linksorganisa-tionen, wobei es einige Verletzte gab.

W. Heidelberg, 11. Mai. Die im Akademischen Kranken-hause untergebrachten Verletzten des Rot-Malscher Unglücks befinden sich außer Lebensgefahr. Die Heidelberger Staats-anwaltschaft hat gestern nachmittag an Ort und Stelle eine eingehende Untersuchung vorgenommen. Schrankenwärter Dammert gibt sein Verbrechen unumwunden zu. Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung hat heute die Bestattung der elf Todesopfer in einem gemeinsamen Grabe stattgefunden. Pfarrer Nemann nahm die Einsegnung vor. Der Kir-chenchor und Gesangsverein Frohsinn sangen ergreifende Grab-lieder.

W. Sickingen, 11. Mai. Die Ausschachtungen im Kas-bergwerk sind bis jetzt auf ca. 700 Meter gediehen. Die jetzt durchgeführte Schicht besteht aus Salz und Ton. Die Arbeiten nehmen normalen Fortgang, so daß bis Ende Juli die Förde-rung des begehrten Düngemittels zu erwarten ist.

W. Kirchgarten, 11. Mai. Am 8. Mai verschied in dem benachbarten Stegen der frühere großherzogliche Kammer-herr und Hofmeister Richard Ferdinand Wänter von Dan-tensthal im fast vollendeten 80. Lebensjahr.

W. Bruch, 12. Mai. Der Geburtstag Johann Peter De-bels wurde in Bruch in verschiedener Weise gefeiert. Am Sonntag vormittag veranstaltete der Verein „Badische Hei-mat“ in den Hebelanlagen eine würdige Gedächtnisfeier, die in der Hauptsache von Vorträgen der Stadtjugend besprochen wurde und im übrigen in ausgewählten Vorträgen von Ge-dichten und Liedern der Schuljugend bestand. Am Abend wurde zur Feier des Tages der Hebelpart bengalisch beleuch-tet und über bürgerliche Sängerverein gab einen Vortragsvor-trag. Die eigentliche Feier, der Schulen fanden am Montag statt, und zwar versammelten sich zu diesem Zwecke die Schüler der Hebelchule auf den Tüllinger Höhen, die Volksschüler der Hans-Thoma-Schule auf dem Hünerberg und die Mädchen der Bürgerschule auf Schloß Nöteln.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	13. Mai		12. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.69	169.11	168.69	169.11
Kopenhagen 100 Kr.	78.85	79.03	79.15	79.33
Italien . . . 100 R.	17.23	17.27	17.225	17.265
London . . . 1 Pf.	20.35	20.40	20.347	20.397
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.83	21.89	21.81	21.87
Schweiz . . . 100 Fr.	81.185	81.385	81.15	81.35
Wien 100 Schilling	59.055	59.075	59.55	59.57
Wag . . . 100 Kr.	12.43	12.47	12.43	12.47

Vereinsbank Karlsruhe e. Gen. m. b. H. Nach dem Geschäfts-bericht für 1924 beträgt der Gesamtumsatz von einer Seite des Hauptbuches gerechnet 66 Millionen Mark, die Zahl der Mitglieder noch 5354. Bei einer Bilanzsumme von 1,27 Mill.

Mark beläuft sich der Reingewinn auf 44 724,05 RM, woraus eine pro rata Verzinsung auf die neu eingezahlten Geschäfts-guthaben von 10 Proz sowie die im Gewinnverteilungs-vorschlag enthaltenen Zuweisungen an Reserve und Dispo-sitionsreserve beantragt werden.

Deutsche Steinzeugwarenfabrik für Canalisation und Gie-mische Industrie in Friedriessfeld in Baden. Das seitberige Grundkapital besteht aus: 28 500 Stammaktien zu je 1000 M. und 1500 Vorzugsaktien zu je 1000 M. Die Vorzugsaktien haben keinen obligationsähnlichen Charakter. Der Überschlag des Gesellschaftsvermögens über die Verbindlichkeiten befreit sich auf RM. 5 000 000. Auf diesen Grundlagen wurden die Generalversammlung entsprechende Anträge unterbreitet, die genehmigt wurden. Die Zahl der Aktien wird beibehalten und jede Stammaktie wird auf RM. 150 und jede Vorzugsaktie auf RM. 115 heruntergesetzt. Das gesamte Aktientapital be-steht jetzt aus 28 500 Stammaktien zu je 150 RM. Nr. 1 bis 28 500 = 4 275 000 RM., 1500 Vorzugsaktien zu je 115 RM. Nr. 1—1500 = 172 500 RM., d. h. einem Gesamtkapital von 4 447 500 RM.

Aus der Bilanz der Preussischen Staatsbank (Seehandlung). Ueber die Bilanz der Preussischen Seehandlung, deren Be-kanntgabe in Kürze erfolgen wird, weiß die Vörsenzeitung mitzuteilen, daß die Forderungen an Barmat und Kretzler als ungedeckte Schulden mit 17 Millionen Reichsmark verbucht seien, denen außer dem Kapital von 10 Millionen Reichsmark die Reserven von 3 Millionen Reichsmark und ein aus dem laufenden Geschäftes herrührender Gewinn im Jahre 1924 von 4,7 Millionen Reichsmark gegenüberstehe.

Zeitschriftenschau

Der Kleine Brochhaus. Der Verlag Brochhaus, Leipzig, kündet das Erscheinen des Kleinen Brochhaus an, eines einbän-digen Handbuchs des Wissens. Hat schon der vierbändige „Kleine Brochhaus“ in den paar Jahren, die er als erstes größeres Fiktionserkennnis vollständig vorliegt, seine allseitige Brauchbarkeit und Zuverlässigkeit bewiesen, so wird der Kleine Brochhaus gewiß in noch weiteren Kreisen der unent-behrliche Begleiter des deutschen Volkes werden, schon weil er trotz seiner Fülle von Stichwörtern (40 000) und der zahlrei-chen bunten und schwarzen Abbildungen und Karten (6400) in schmuckem Einband bei Subskription nur 21 Mark kostet. Und wenn diese Ausgabe auf einmal lässig fällt, der kann auf die Lieferungsausgabe zurückgreifen, die in 10 überseh-baren Lieferungen zu je 1,90 Mark erscheint, so daß dieser kostbare Bildungsschatz während ungefähr eines halben Jah-res wöchentlich nur 95 Pf. erfordert.

Staatsanzeiger

Dem Gewerbeverein Wehr wurde die Erlaubnis zur Ver-anstaltung einer Lotterie erteilt.

Karlsruhe, den 8. Mai 1925.

Der Minister des Innern
R e m m e l e

Staatsprüfung für Maschineningenieure im Frühjahr 1925.

Der Regierungsbauführer Karl Kainigling aus Düsseldorf hat die Staatsprüfung für Maschineningenieure bestanden und ist zum Regierungsbaumeister ernannt worden.

Karlsruhe, den 4. Mai 1925.

Der Minister der Finanzen
J. A. Dr. Steinbrenner

Unserer heutigen Nummer liegt eine Gewinnliste der Bär-herlotterie zum Besten der Deutschen Bäckerei bei, auf die wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Ausnahme-Angebot! Verkauft zu fabelhaft billigen Preisen Damen- u. Herrenstrickwesten M. 12 Strickkostüme M. 40, ferner empfehle ich mein reichhaltiges Lager in Kurzwaren, Strümpfe etc.

Heinrich Eberle, Markgrafstr. 26 (nächst Krönenstr.) Jeder Käufer erhält gegen Inseratverzeigung 5% Rabatt.

Eheanbahnung Streng reell Gegr. 1911 Frau Rosa Morasch, Karlsruhe Kaiserstr. 64 III Teleph. 4239

Damen-Fahrrad, gut erhalten 75 M.
Damen-Fahrrad, wie neu . . . 95 „
Herren-Fahrrad, gut erhalten 55 „
Herren-Fahrrad, wie neu . . . 85 „
Schreibmaschine, gut erhalten 120 „
Email-Herd, wie neu . . . 75 „
zu verkaufen. **Kunzmann, Säbingerstraße 46.**

Donnerstag 14. Mai
Rosé Quartett
Schubert
Mitwirkend **Hoehn**
Karten bei Neufeldt

Detektiv-Institut u. Privat-Auskunft
Argus Mannheim O. 6. 6. Planken 2. 47 Fernspr. 3305
A. Maler & Co., G. m. b. H.

Bankkredite erhalten gute Firmen unter zeitgemäßen Bedingungen. Offerten unter E. 327 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Aufpolstern von **Matrassen** und **Divans** etc. sowie **Neuanfertigung** sowie **reell u. billig** E. 368 **Albert Ernst, Tapezier** Steinstraße 21.

Harmonium 2 Reg. . . Mark 238.—
9 Reg. . . Mark 297.—
13 Reg. . . Mark 411.—
Zahlungserleichterung K Frankfurterstr. 948
LANG
Kaiserstr. 107 : Tel. 1073
Salamander-Schuhhaus

im Neuanfertigen und Um-arbeiten von E. 174
Steppdecken u. Daunendecken empfiehlt **Paula Schneider** Adlerstr. 5 Karlsruhe
E. 678. Triburg, über das Vermögen des Hein-rieh Kauer, Inhaber eines gemischten Warengeschäftes in Schönach wurde heute am 11. Mai 1925, nach-

BAUBUND-MÖBEL
HERVORRAGEND IN FORM & GÜTE
kaufen Sie am besten beim
BAD. BAUBUND
G. M. B. H.
KARLSRUHE
Karl-Friedrich-Strasse 22
am Rondellplatz
TAGL. GEÖFFNET
VON 8 1/2 - 12 1/2 UND 2 - 6 1/2 UHR

mittags 1/2 5 Uhr, das Kon-kursverfahren eröffnet. Rechtsanwalt Dr. Becherer hier wurde zum Kon-kursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 5. Juni 1925 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anbe-räumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschluß-fassung über die Verbehal-tung über die Verbehal-tung des ernannten oder die Wahl eines andern Ver-walters, sowie über die Bestellung eines Gläubiger-ausschusses und eintreten-denfalls über die in § 132 der Konkursordnung be-zeichneten Gegenstände und zur Prüfung der ange-meldeten Forderungen auf Freitag, den 12. Juni 1925, vormittags 9 Uhr.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Be-sitz haben oder zur Kon-kursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben,

Donaueschingen. A. 625
Im Vereinsregister wurde eingetragen: **Katholi-sches Vereinshaus Gesell-schaft.**
Bad. Amtsgericht.
Donaueschingen, den 30. April 1925.
Amtsgericht.

Karlsruhe. A. 650
Vereinsregistereintrag vom 2. Mai 1925: **Ver-kehrs - Nacht - Baden** in Karlsruhe.
Bad. Amtsgericht B 2.

Karlsruhe. A. 651
Vereinsregistereinträge vom 28. Juni 1925:
Krankpflegeverein Karlsruhe „St. Bonifat“ in Karlsruhe.
Wasserport - Verein Karlsruhe (WVK) in Karlsruhe.
Verein Karlsruhe des Reichsbundes der Zivildienstberechtigten in Kar-lsruhe.
Bad. Amtsgericht B 2.

Karlsruhe. A. 652
Vereinsregistereinträge vom 28. April 1925:
1. **Badischer Sportfischer-bund**, Karlsruhe. Geän-dert in: **Badischer Sport-fischerbund** Gau 15 des Deutschen Anglerbundes.
2. **Landesverband der Badischen Maler- und Installateurmeister**, Kar-lsruhe. Geändert in: **Ver-band der Maler-, Speng-ler- und Installateur-meister** Badens und der Pfalz.
3. **Evangelischer Verein für innere Mission aus-gurgischen Bekenntnisses im Großh. Baden**, Kar-lsruhe. Geändert in:
Evang. Verein für in-nerer Mission aus-gurgischen Bekenntnisses im Lande Baden.
Bad. Amtsgericht B 2.
Mosbach. A. 616
Zum Vereinsregister

D.-S. 25 wurde eingetra-gen: **Hochschulgemein-schaft Rossbach**, Ros-sbach, den 29. April 1925.
Bad. Amtsgericht.

Tauberbischofsheim. A. 650
Vereinsregister Nr. 20: **„Altherrenverband der A. F. - B. Teutonia“**, Sig-Tauberbischofsheim, den 4. Mai 1925.
Amtsgericht -
Gerichtsschreiber.

Badisches Landes-theater
Donnerstag, den 14. Mai 1925
H.-Gen. I. Sondergruppe 1-200

Die heilige Johanna
Dramatische Chronik in sechs Akten und einem Epilog von Bernard Shaw
In Szene gef. v. F. Baumbach
Personen:
Johanna Scheinpfus
Der Dauphin Waller
Dunois Menberger
Richard v. Beauchamp Bäcker
La Trémouille Häder
Hauptmann La Hire Brand
R. v. Baudricourt Noebel
R. v. Boulanges Groß
Gilles de Rais Kreuziger
Grozogin Trémouille Genter
Erzbischof v. Reims Baumbach
Peter Cauchon Trend
Kaplan v. Stogumber Dahlen
Der Inquisitor Walter
Bruder Martin Dohms Häder
D'Estivet Genter
Courcelles Weiss
Schloßverwalter Genter
Schärfrichter Lang
Ein engl. Soldat Brand
Ein Herr aus dem Jahre 1920 Genter
Anfang 7 Ende 10 1/2
Sperstift I 4.80